

# DIE VOLKSWOHNUNG

ZEITSCHRIFT FÜR WOHNUNGSBAU UND SIEDLUNGSWESEN

3. JAHRGANG

24. DEZEMBER 1921

HEFT 24

[Alle Rechte vorbehalten.]

## Das Institut für Agrar- und Siedlungswesen in Berlin.

Von Dr. **Wenzel**, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium.

Durch die Weimarer Verfassung sind dem Reiche gewisse Aufgaben auf dem Gebiete des Agrar- und Siedlungswesens übertragen worden, deren Erfüllung bisher den Ländern allein überlassen war. Es stellte sich bald heraus, daß diese neuen Aufgaben, die zudem mit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen — man denke an die Parole „Zurück aufs Land!“, an die Politik der Zentralisation der Industrie, an die soziale Hebung der Landarbeiterschaft usw. — auf das engste zusammenhängen, nicht gelöst werden konnten, ohne daß die bis dahin fast vollständig fehlende wissenschaftliche Grundlage gelegt wurde, bis insbesondere Unterlagen beschafft wurden, die eine Beurteilung der Verhältnisse nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern im ganzen Reich ermöglichten und eine Vergleichung gestatteten. Über die hiermit zusammenhängenden Bestrebungen, eine wenn auch in ihrem Umfang stark begrenzte Statistik des Siedlungswesens und der Durchführung des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 zu begründen, habe ich bereits kürzlich in dieser Zeitschrift (1921, S. 159) berichtet. Im engsten Zusammenhange mit diesen Bestrebungen steht die vom Reichsarbeitsministerium seit Ende 1919 erstrebte Errichtung eines Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen, das über den Rahmen dieser Statistik hinaus die wissenschaftlichen Grundlagen vorzugsweise für die gesetzgeberische Arbeit des Reiches zu beschaffen hätte.

Nach langem Bemühen ist es nunmehr gelungen, ein solches Institut ins Leben zu rufen. Seine Leitung ist dem bekannten Agrarpolitiker der Berliner Universität Geheimrat Professor Dr. **Sering**, dem Vater des Reichssiedlungsgesetzes, übertragen. Wenn auch die Rechtsform, die diesem Institut, zu geben sein wird, noch nicht endgültig geklärt ist, so ist doch die finanzielle Grundlage bis auf weiteres gesichert und damit eine dauernde Tätigkeit der neuen Anstalt gewährleistet. Mit der Forschungstätigkeit des Instituts verbindet sich nach guter deutscher Überlieferung auch eine Lehrtätigkeit.

Die Forschungstätigkeit erstreckt sich zunächst auf die Frage der Landarbeiterverhältnisse des Ostens, darüber hinaus auf das wichtige und politisch besonders umstrittene Gebiet der Anliegersiedlung; von ganz besonderer Tragweite sind aber die nunmehr auf Veranlassung der zuständigen Zentralbehörden des Reiches und Preußens in Angriff genommenen Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Pachtverhältnisse in Deutschland, die die Grundlage für eine gesetzliche Regelung dieses wichtigen Gebietes unserer Agrarverfassung geben sollen. Auch an der Verwertung der bereits erwähnten Reichssiedlungsstatistik wird das Institut wissenschaftlich in besonderem Maße beteiligt werden. Es soll darüber hinaus auch in volkswirtschaftlichen Fragen Gutachten u. dergl. erstatten.

Die Lehrtätigkeit des Instituts soll dem fühlbaren Mangel an Nachwuchs abhelfen, der gerade auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Verwaltung und insbesondere des Siedlungswesens sich zum Schaden der Sache lähmend bemerkbar macht. Volkswirten mit landwirtschaftlichen und juristischen Kenntnissen soll Gelegenheit gegeben werden, durch Vorlesungen und Übungen sich auf diesem wichtigen Spezialgebiet besonders vorzubereiten und auch ein Diplom zu erwerben, das durch Ablegung einer Prüfung nach dreijährigem Studium erlangt werden kann. Die preußische landwirtschaftliche Verwaltung hofft, auf diese Weise einen besonders geschulten Nachwuchs, vorzüglich für die Landeskulturbehörden, zu erzielen. Es darf darüber hinaus aber erwartet werden, daß die Lehrtätigkeit des Instituts auch den großen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften frische Kräfte mit zureichender wissenschaftlicher und organisatorischer Ausbildung zuführen wird, um das große Werk, besonders der ländlichen Siedlung auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes, durchzuführen.

Die Arbeiten des Instituts sollen aber nicht ausschließlich auf die landwirtschaftliche Siedlung beschränkt bleiben, vielmehr wird, um den Studierenden ein geschlossenes Gesamtbild zu



vermitteln, auch das Gebiet des städtischen Wohnungswesens berücksichtigt werden, insbesondere soll die große, mit Milliardenmitteln in Aktion gesetzte Unternehmung zur Schaffung von Bergmannsheimstätten einer Untersuchung unterzogen werden.

Im Wintersemester 1921/22 werden außer von dem Direktor, Geheimrat Sering, Vorlesungen und Übungen noch gehalten von Geheimrat Dr. Krause vom preußischen Landwirtschaftsministerium, von Geheimrat Dr. Glaß vom Reichsarbeitsministerium, Regierungsrat Dr. Brinkmann vom Auswärtigen Amt, Dr. Keup von der Gesellschaft zur Förderung der inneren

Kolonisation und Dr. Mendelsson von der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg. Mehr, als es bisher der Fall gewesen ist, verdient das neugebildete Institut für Agrar- und Siedlungswesen die Aufmerksamkeit weitester auf seinem Forschungsgebiet interessierter Kreise, insbesondere auch die Aufmerksamkeit aller, die ein Interesse an der brennenden Frage der Förderung des akademischen Nachwuchses haben, und nicht zuletzt die Aufmerksamkeit der akademischen Jugend selbst, der hier Gelegenheit geboten ist, sich für eines der wichtigsten Gebiete des deutschen Wiederaufbaus wissenschaftlich gründlich vorzubereiten.

### Über Reihenhaushgrundrisse.

Von Stadtbaumeister **Karl Erbs**, Patschkau.

In fast allen Siedlungen wird zur Zeit der Hellerauer Reihhaustyp in mehr oder weniger gegliederten Abwandlungen ausgeführt. Es erscheint deshalb angebracht, die Vor- und Nachteile dieser Grundrißform gegeneinander abzuwägen und mit anderen Grundrissen zu vergleichen.

Als Hauptvorteil des Hellerauer Reihenhaushgrundrisses (Abb. 1) ist bislang immer seine geringe Frontbreite und die sich hieraus ergebende Wirtschaftlichkeit bezeichnet worden. Der Hauptnachteil, der indirekte Zugang nach dem gartenseitigen Zimmer, wird hingegen nicht sonderlich in Betracht gezogen. Wenn auch jetzt, in der Zeit der Wohnungsnot, dieser Nachteil weniger bemängelt wird, so ist doch mit Sicherheit zu erwarten, daß nach Behebung des Notstandes um so schärfere Einwendungen erhoben werden. Der Garten und der Stall sind nach dem Grundriß der Abb. 1 bei dem Fehlen eines hinteren Weges nur nach

Durchschreiten der zwei Erdgeschoßräume zugänglich, gewiß ein der Wohnlichkeit der Räume recht abträglicher Zustand. Ferner ist der Abort häufig so angeordnet, daß er nur nach langer Wanderung durch mehrere Räume zugänglich ist. Auch das ist ein Mißstand, der vom Entwerfer nicht mit dem Hinweis auf die gebotene Wirtschaftlichkeit entschuldigt werden kann.

Der Grundriß der Abb. 2 ist eine beliebte und häufig variierte Umwandlung norddeutscher Reihenhaushformen. Hier ist der Abort bequem zugänglich. Die Anordnung ist überdies wegen der sich ergebenden kürzeren Leitungen auch billiger als die nach Abb. 1. Die Lösung bietet ferner die direkte Zugänglichkeit beider Erdgeschoßräume, freilich als Nachteil auch die kostspielige Vergrößerung des Flurs auf das drei- bis vierfache Ausmaß desjenigen von Abb. 1.

Mit dem Flur und der daran liegenden Treppe wird ein Raum geschaffen, der wärmeabsaugend

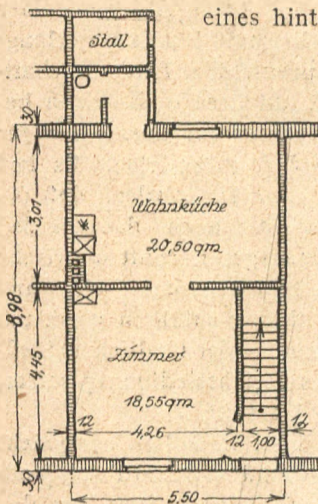


Abb. 1. Hellerauer Typ.

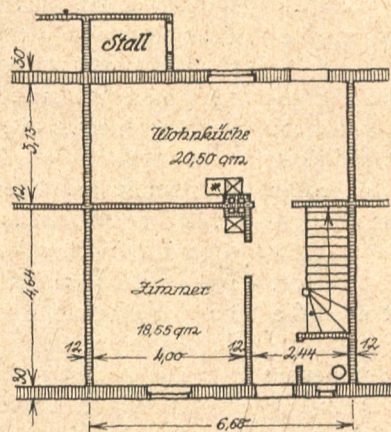


Abb. 2. Norddeutscher Typ.

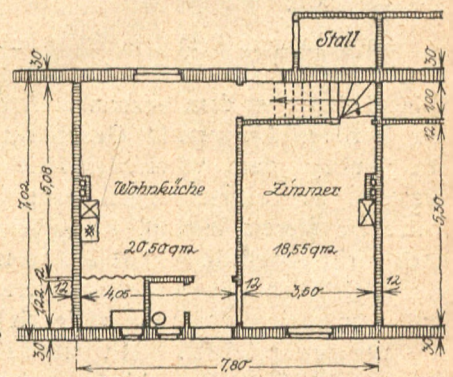


Abb. 3. Typ der Patschkauer Wohnungsfürsorge.

Abb. 1 bis 3. Reihenhaushgrundrisse

M. 1:200.



wirken muß. Die Wärmegrade im Flur werden sich normalerweise ungefähr in der Mitte zwischen Zimmer- und Außenwärme halten. Bei der offenen, schachtartigen Lage der Treppe wird aber die Wärme des Treppenhauses mehr und mehr zum Obergeschoß bzw. Dachgeschoß steigen und zu einem Wärmeverlust der Zimmer führen.

Um diese Mängel zu vermeiden, kommt bei den von der Patschkauer Wohnungsfürsorge geleiteten acht Eigenhandbauten der Grundriß Abb. 3 zur Ausführung. Die geringe Tiefe des zur Verfügung stehenden Geländes hat dazu geführt, die Hausform in die Länge zu entwickeln, um eine größere Gartenfläche zu erhalten. Die sonst bei dieser Anordnung sich ergebende, in wärmetechnischer Hinsicht ungünstige Lage der Zimmer an je zwei Außenwänden wurde durch die jeweils an einer Außenseite vorgelegten Nebenräume verbessert. Dem Zimmer, dessen Fenster nach der Straße (Osten) liegt, wurden nach der Gartenseite der Stall und die Treppe vorgelagert. Die Wohnküche erhielt das Fenster nach dem Garten (Westen). Nach der Straße wurden der Windfang und der Abort vorgelegt. Nur in der Breite der Spülküche erhielt die Wohnküche eine zweite Außenwand. Der hierdurch erhöhte Wärmeverlust dürfte durch den Abschluß des Treppenschachtes wieder wettgemacht sein. Die zwei Erdgeschoßräume sind von dem straßenseitigen Flur aus direkt zugänglich, Stall und Garten sind auf geradem Wege durch die Wohnküche ohne Benutzung des Zimmers zu erreichen, Abort und Spülküche liegen nebeneinander an der Straßenwand, wodurch sich geringe Kosten für Ab- und Zuleitung ergeben.

Um die Kostenübersicht zu erleichtern, sind nachstehend die Mauerwerksmassen und die Dachflächen prüfungsfähig aufgestellt.

Grundriß Abb. 1

## a) Mauerwerk:

## Keller- und Erdgeschoß:

$5,5 \cdot 2 \cdot 0,30 \cdot 4,80$	$= 15,84$	cbm
$8,38 \cdot 2 \cdot 0,12 \cdot 2,80$	$= 5,62$	„
$8,38 \cdot 2 \cdot 0,25 \cdot 2,00$	$= 8,40$	„
$5,38 \cdot 0,25 \cdot 2,00$	$= 2,69$	„
$4,45 \cdot 0,12 \cdot 2,00$	$= 1,07$	„
$(5,38 + 4,45) \cdot 0,12 \cdot 2,80$	$= 3,30$	„

## Stall:

$$(2,80 + 1,40 + 2 \cdot 2,00) \cdot 0,12 \cdot 2,80 = 2,79 \text{ „}$$

zusammen 39,71 cbm

## b) Dachfläche:

$$5,50 \cdot 6,50 \cdot 2 + 2,2 \cdot 4,00 = 80,30 \text{ qm}$$

Grundriß Abb. 2

## a) Mauerwerk:

## Keller- und Erdgeschoß:

$6,68 \cdot 2 \cdot 0,30 \cdot 4,80$	$= 19,20$	cbm
$2 \cdot 7,91 \cdot 0,25 \cdot 2,00$	$= 7,90$	„
$6,68 \cdot 0,12 \cdot 4,80$	$= 3,84$	„
$(2 \cdot 7,91 + 4,64) \cdot 0,12 \cdot 2,80$	$= 6,89$	„
$4,64 \cdot 0,12 \cdot 2,00$	$= 1,11$	„
$(1,35 + 1,20) \cdot 4,80 \cdot 0,12$	$= 1,46$	„

## Stall:

$$(2,20 + 1,30) \cdot 0,12 \cdot 2,80 = 1,17 \text{ „}$$

zusammen 41,57 cbm

## b) Dachfläche:

$$6,68 \cdot 6,00 \cdot 2 + 2,30 \cdot 2,00 = 84,76 \text{ qm}$$

Grundriß Abb. 3

## a) Mauerwerk:

## Keller- und Erdgeschoß:

$2 \cdot 7,80 \cdot 0,30$	$= 22,46$	cbm
$2 \cdot 6,42 \cdot 0,25 \cdot 2,00$	$= 6,42$	„
$2 \cdot 6,42 \cdot 0,12 \cdot 2,80$	$= 4,37$	„
$3,5 \cdot 0,12 \cdot 4,80$	$= 2,03$	„
$6,42 \cdot 0,12 \cdot 4,80$	$= 3,72$	„
$(2,40 + 2 \cdot 1,10) \cdot 0,12 \cdot 4,80$	$= 2,67$	„

## Stall:

$$2,20 + 1,3 \cdot 2 \cdot 0,12 \cdot 2,80 = 1,62 \text{ „}$$

zusammen 43,29 cbm

## b) Dachfläche:

$$(7,80 \cdot 5,00 + 2,30 \cdot 2,00) = 80,60 \text{ qm}$$

Der umbaute Raum beträgt nach Abb. 1 2,50 cbm, nach Abb. 2 280 cbm, nach Abb. 3 267 cbm.

Die Prüfung ist auf das Keller- und Erdgeschoßmauerwerk beschränkt und nicht auch auf das Obergeschoß- und Giebelmauerwerk ausgedehnt worden, weil, wie leicht erkennbar, der Unterschied der Mauerwerkskosten besonders zwischen den für die Bauleitung hauptwichtigen Grundrissen der Abb. 2 u. 3 nur gering ist und zudem die Ausführung nach Abb. 3 zu Ersparnissen der Dach- und Installationskosten führt. Die geringen Mehrausgaben für Straßenanlage (Schmutzwasserkanal, Wasser- und Gasleitungen) können im Hinblick auf die sonstigen Vorteile des Grundrisses Abb. 3 nicht gegen seine Ausführung sprechen. Möge der vorgetragene Vorschlag zu weiteren Verbesserungen der Reihenhäusformen anregen.



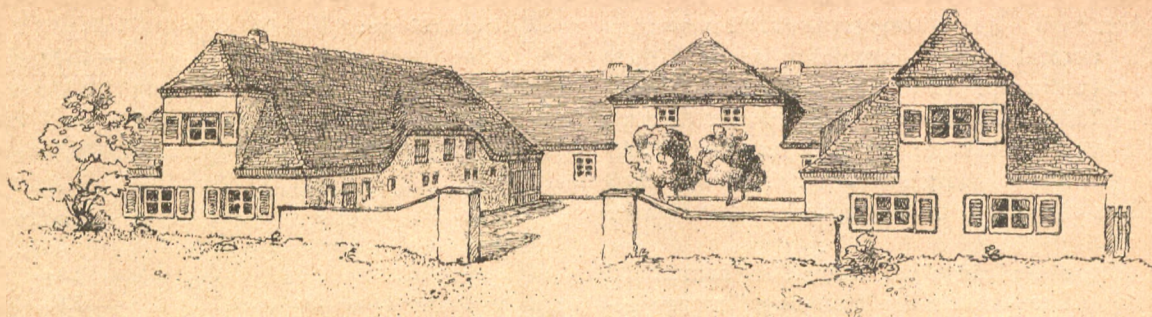


Abb. 1. Leuteheim Rittergut Tauche, Kreis Beeskow.

### Leutehäuser auf dem Lande.

Von Professor **Paul Schmitthenner**, Stuttgart.

Die Gehöftanlage ist für das Rittergut Tauche in der Mark geplant und zur Zeit im Bau. Im wesentlichen waren dieselben Bedürfnisse zu erfüllen wie bei der Gehöftanlage auf Rittergut Lindenberg (s. Jahrg. 1919, S. 60 d. Bl.). Dort war das Gehöft für zwölf Familien vom Dorf-

anger zugänglich, die Gebäude um einen Hof gelagert und auf der Rückseite von den Leutegärten begrenzt. Im vorliegenden Fall liegt das Gehöft zwischen zwei Straßen auf ziemlich schmalem Grundstück. Es ergaben sich dadurch zwei Höfe, von denen sich der eine nach

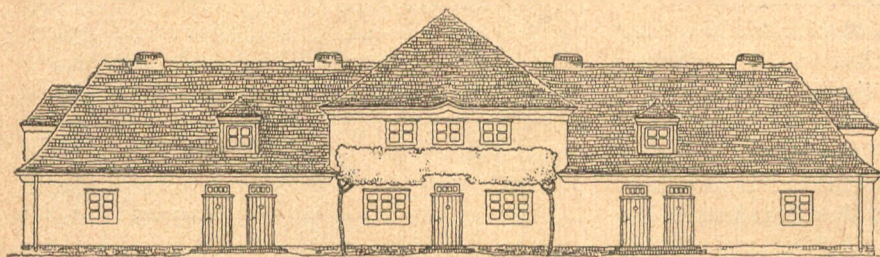


Abb. 2. Vorderansicht.

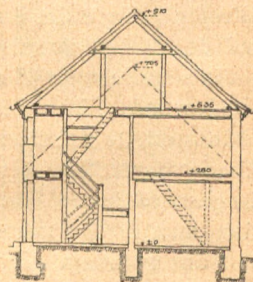
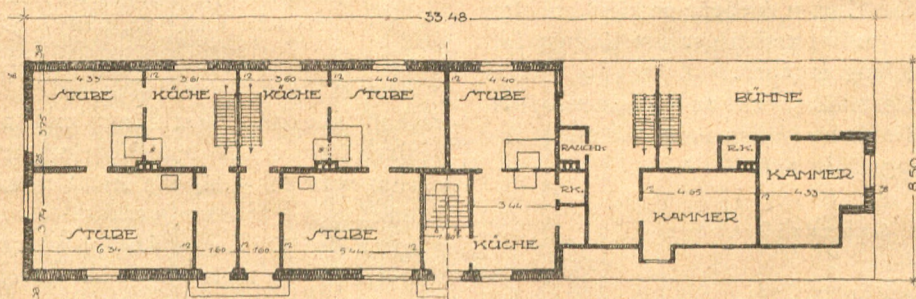


Abb. 3. Schnitt.



Erdgeschoß.

Abb. 4. Grundriß. M. 1:300.

Obergeschoß.

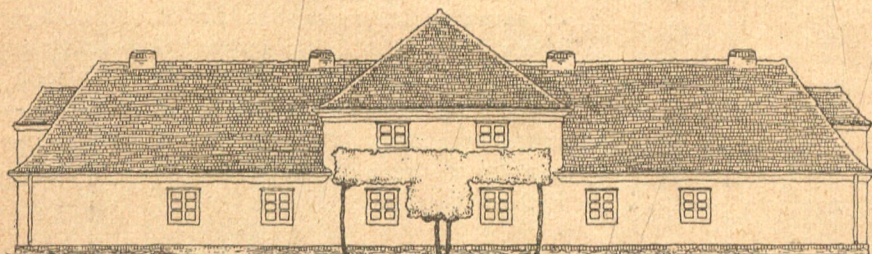


Abb. 5. Rückansicht.

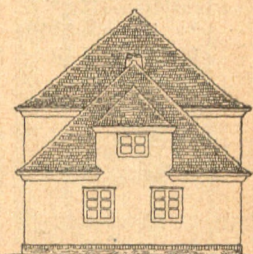


Abb. 6. Seitenansicht.



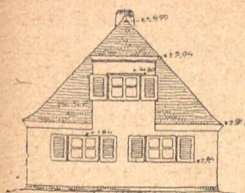


Abb. 7. Seitenansicht.

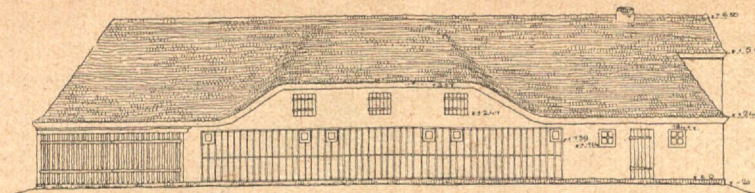


Abb. 8. Ansicht gegen den Hof.

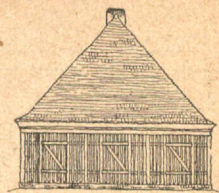


Abb. 9. Seitenansicht.

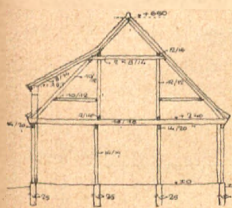


Abb. 10. Schnitt durch den Holzstall.

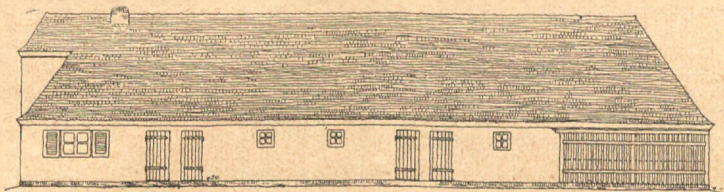


Abb. 11. Rückansicht.

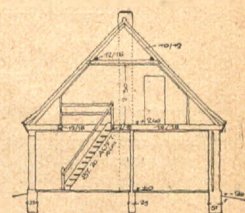


Abb. 12. Schnitt.

Abb. 7 bis 13. Dreifamilienhäuser.

der Landstraße, der andere nach dem Feldweg öffnet. Die Höfe sind getrennt und abgeschlossen durch das stattliche Sechsfamilienhaus. Dervordere Hof wird

seitlich durch zwei Dreifamilienhäuser und die dazugehörigen Ställe begrenzt, der hintere Hof durch die Ställe für das Sechsfamilienhaus.

Jeder Hof hat einen Brunnen. Der Brunnen des Vorderhofes war vorhanden. Die sechs vorhandenen, im Lageplan eingezeichneten Bäume sind etwa 15 bis 18 m hohe Silberpappeln, die das Gehöft stark beherrschen. Auf beiden Seiten der Gehöftanlage ist eine Durchfahrt von 4 m gelassen zum Abfahren des Düngers.

Das Gelände hat an dieser Stelle einen so hohen Grundwasserstand, daß von einer Unterkellerung Abstand genommen werden mußte. — Der Fußboden sämtlicher Gebäude wurde 80 cm über dem vorhandenen Gelände angelegt und durch eine angeschüttete Böschung rings um die Gebäude eine Sockelhöhe von 40 cm geschaffen, die an den Wohngebäuden durch zwei Stufen überwunden wird. An den Stallgebäuden beträgt die Sockelhöhe

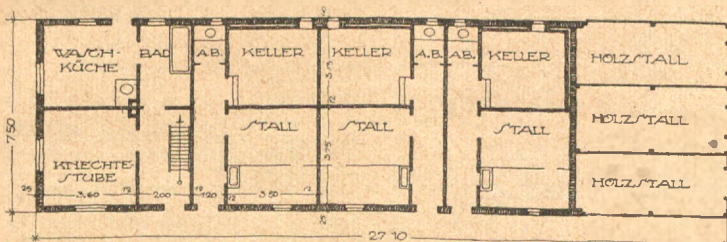


Abb. 13. Grundriß. M. 1:300.

20 cm mit einer Stufe. Durch die Anschüttung sind die Gebäude gut entwässert, und man kommt mit einer Fundamenttiefe von 80 cm aus, da die Anschüttung die

nötige Deckung schafft. — Die nötigen Keller sind in den Stallgebäuden untergebracht, die Außenwände derselben isoliert. Abort, Stall und Keller für je eine Wohnung sind durch eine Tür am Futtergang erreichbar und abgeschlossen. Der Keller liegt 30 cm tiefer. Die Aborte sind ohne Grube als Trockenklosette eingerichtet.

Die Lage der Aborte macht im Vergleich mit dem Gehöft Lindenberg einen längeren Weg von der Wohnung nötig, doch ist der Vorteil, möglichst alle Nebengelasse durch eine Tür zu verschließen, nicht zu unterschätzen.

In den Nebengebäuden ist eine gemeinsame Waschküche und Badestube für je sechs Familien untergebracht, an derselben Stelle im zweiten Nebengebäude eine gemeinsame Backstube. Daneben liegt eine geräumige Knechtstube und darüber eine große Knechkammer.

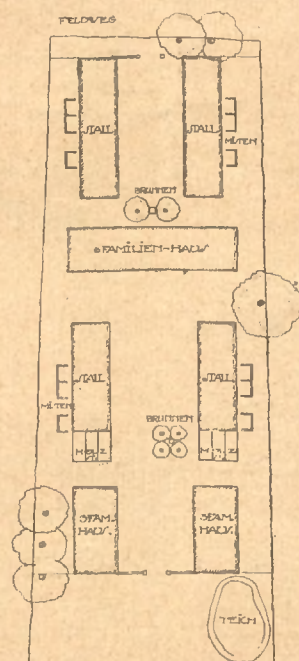
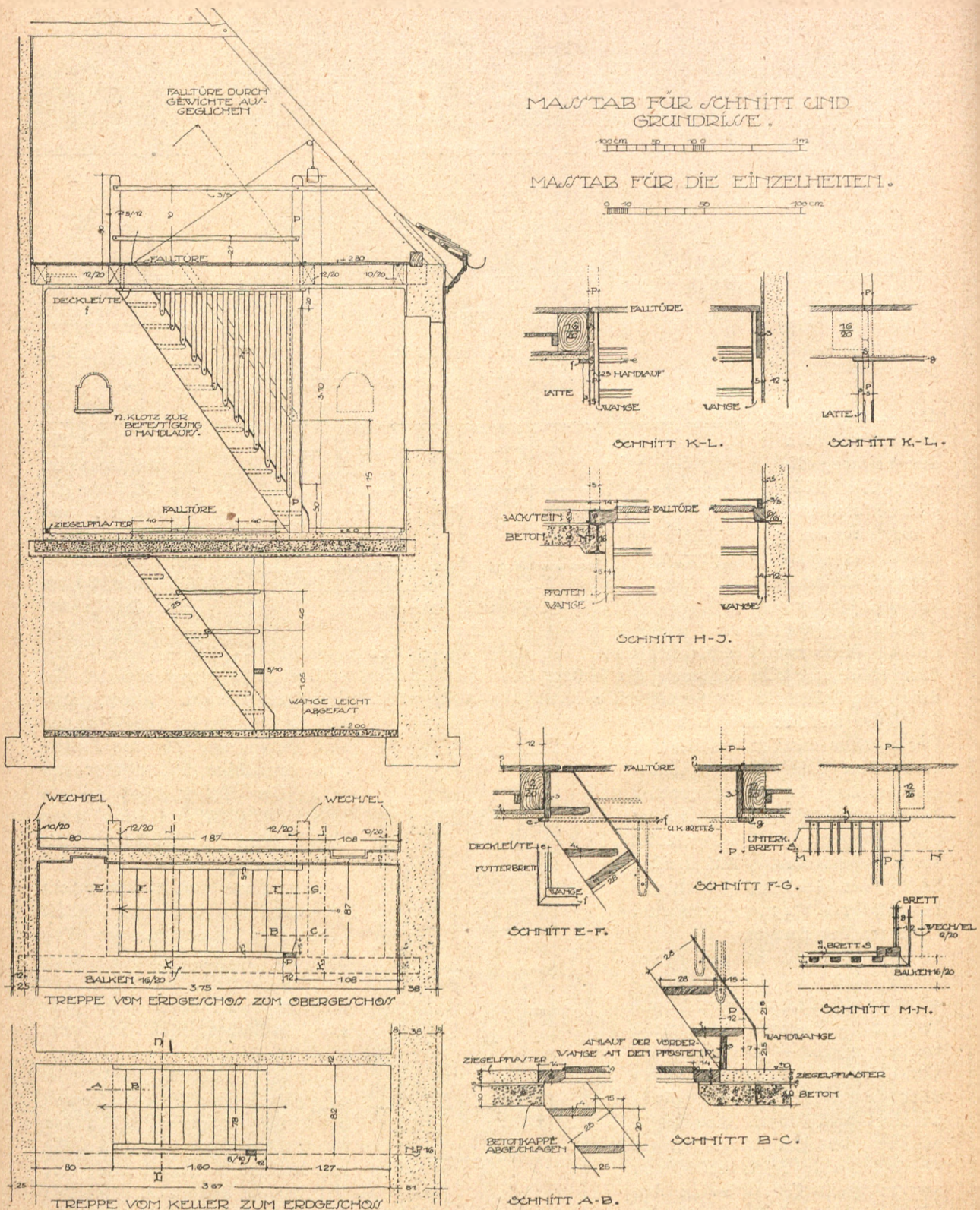


Abb. 14. Lageplan.





Leuthäuser auf dem Lande.

Abb. 15.

Treppe, Schnitte und Einzelheiten.



Die auf Seite 330 dargestellte Treppe gehört zu den Leutehäusern auf Rittergut Lindenberg und ist für die vorliegenden Häuser ebenfalls verwendet, jedoch ohne die Kellertreppe. Die Treppe hat 13 Steigungen von 21,5 cm und einen Auftritt von 15 cm. Die Trittstufen sind von rückwärts in die Wangen eingeschoben, das Treppenloch durch eine Falltür mit Ausgleichgewicht geschlossen. Die ganze Treppe steht durchsichtig im Raum und wirkt so reizvoll und nicht beengend. Die Küchen sind blaßrosa getüncht, das Treppengestell scharf rot gestrichen, Decke weiß, Fuß-

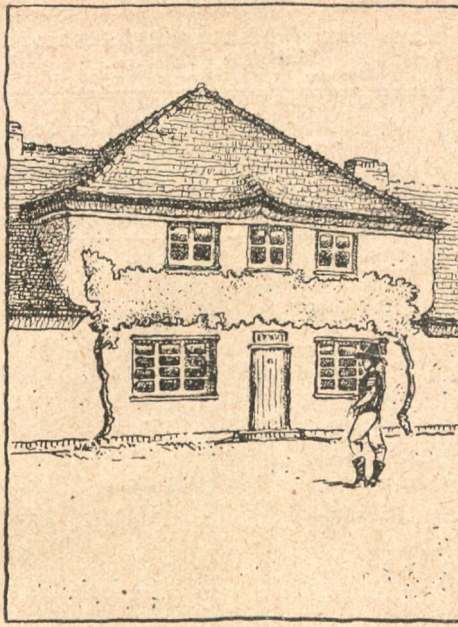


Abb. 16. Eingang zum Sechsfamilienhaus.

boden rote Ziegel, die Herde ebenfalls aus Ziegel gemauert mit weißen Fugen. Eine Treppe dieser Steigung und Konstruktion ist bei den vorliegenden Verhältnissen durchaus einwandfrei und auf dem Lande von jeher üblich. Das Hinaufsteigen ist bequem, das Hinabsteigen ist Sache der Gewohnheit. Die Ersparnisse an Platz und Geld sind jedenfalls wichtiger als Vorurteile aus Gedankenlosigkeit.

\*

Die nebenstehenden Konstruktionsdetails der Kleinhausentreppe bilden eine wertvolle Ergänzung zu unserem letzten Sonderheft „Holzkonstruktionen des Kleinhauses“. D. Schriftltg.

### Berechnung der Kosten der Baustoffe und der auf der Baustelle auszuführenden Arbeiten im einzelnen und nach Hundertsatz der Gesamtbaukosten für drei Haustypen und gemittelt.

Von Regierungs- und Baurat Lübbert, Kiel.

Beim Kleinwohnungsbau tritt für den Bauleiter und für den Vorstand einer Baugenossenschaft sehr oft die Notwendigkeit ein, festzu-

stellen, welchen Anteil an den Gesamtbaukosten die einzelnen Baustoffe und Bauteile und die auf der Baustelle auszuführenden Ar-

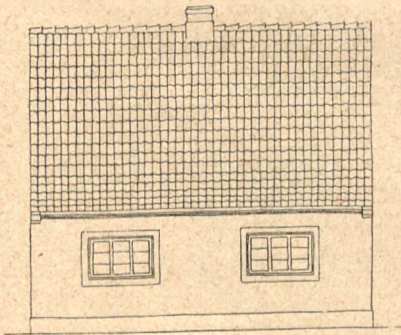
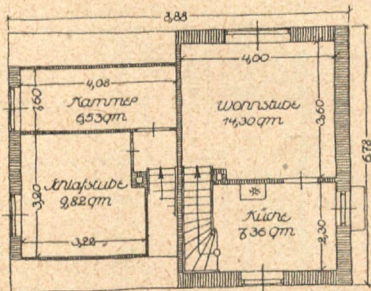


Abb. 1. Ansicht.



Obergeschoß Abb. 2. Erdgeschoß

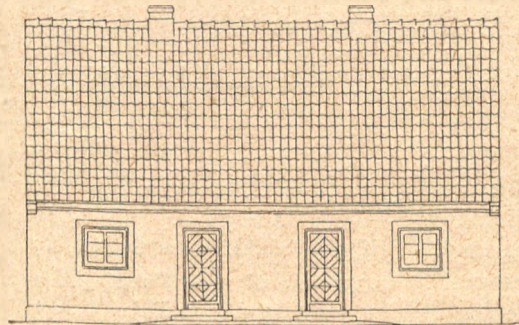
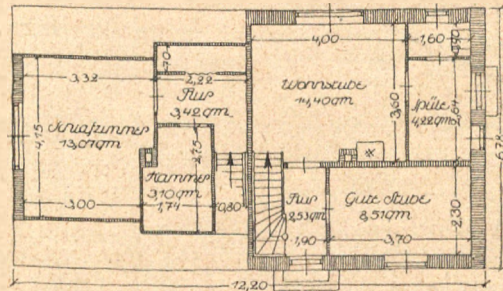


Abb. 3. Ansicht.



Obergeschoß Abb. 4. Erdgeschoß

Abb. 1 u. 2. Typen-Entwurf Nordmark. Doppelhaus mit zwei Wohnungen je 38 qm Wohnfläche. M. 1:200.

Abb. 3 u. 4. Typen-Entwurf Theodor Storm. Doppelhaus mit zwei Wohnungen je 52 qm Wohnfläche.



Berechnung der Kosten der Baustoffe und der auf der Baustelle auszuführenden Arbeiten im einzelnen und nach Hundertsatz der Gesamtbaukosten für drei Haustypen und gemittelt.

	Typ Nordmark		Typ Theodor Storm		Typ Claus Groth		Im Mittel vH. der Bau- summe
	Betrag Mark	vH. der Bau- summe	Betrag Mark	vH. der Bau- summe	Betrag Mark	vH. der Bau- summe	
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
A. Baustoffe und Bauteile:							
1. Für den Maurer:							
a) Kalk, Zement, Gips . . . .	3 346,82	6,20	4 769,28	6,67	5 153,10	6,00	6,29
b) Isolierpappe, Bimsdielen . .	1 538,25	2,85	1 702,50	2,38	1 743,00	2,00	2,41
c) Dach-, First- und Glaspfannen	2 016,75	3,74	2 797,25	3,91	3 657,75	4,25	3,97
d) Ziegelsteine . . . . .	7 560,00	14,00	8 316,00	11,63	12 312,00	14,31	13,31
e) Sand, Lehm, Stroh, Kleinschlag	2 482,00	4,59	3 476,00	4,86	3 444,00	4,00	4,48
f) Kleineisenzeug . . . . .	335,00	0,62	425,00	0,60	425,00	0,50	0,58
2. Für den Zimmermann:							
a) Balken, Sparren, Latten, Lager- hölzer . . . . .	3 620,40	6,70	4 676,43	6,54	5 508,90	6,41	6,55
b) Fußboden-, Einschub- und Gesimsbretter, Holzstabgewebe	3 988,25	7,39	5 147,43	7,20	5 774,18	6,71	7,10
3. Für den Tischler:							
a) Treppen . . . . .	2 380,00	4,44	2 380,00	3,33	2 380,00	2,76	3,51
b) Einfache Fenster mit Ver- glasung und Beschlag . . . .	1 880,70	3,48	2 066,70	2,89	2 910,50	3,38	3,25
c) Türen mit Beschlag . . . .	2 895,20	5,37	4 747,60	6,64	5 486,80	6,38	6,13
4. Für den Ofensetzer:							
a) Öfen, Herde . . . . .	2 628,80	4,87	2 728,80	3,82	3 806,60	4,43	4,37
B. Arbeitslohn für die auf der Baustelle auszuführenden Arbeiten des Maurers, Erd- arbeiters, Zimmermanns, Tisch- lers usw. ohne Maler . . . .	18 433,06	34,13	26 874,47	37,58	32 254,53	37,50	36,40
C. Malerarbeiten einschl. Material	894,77	1,62	1 392,54	1,95	1 143,64	1,37	1,65
zusammen	54 000,00	100,00	71 500,00	100,00	86 000,00	100,00	100,00

beiten ha-  
ben. Beson-  
ders wichtig  
sindderartige  
Ermittlungen  
für die Be-  
rechnung der  
Baukosten im  
allgemeinen  
und der zur  
Bestellung  
von Bauteilen  
und Bau-  
stoffen erfor-  
derlichen ein-  
zelnen Be-  
träge, sowie  
für die An-  
träge auf Be-  
willigung von

Abb. 5 u. 6.  
Typen-Entwurf Klaus Groth.  
Doppelhaus mit zwei Wohnungen  
je 65,6 qm Wohnfläche.

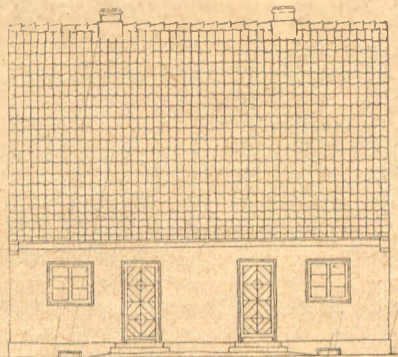
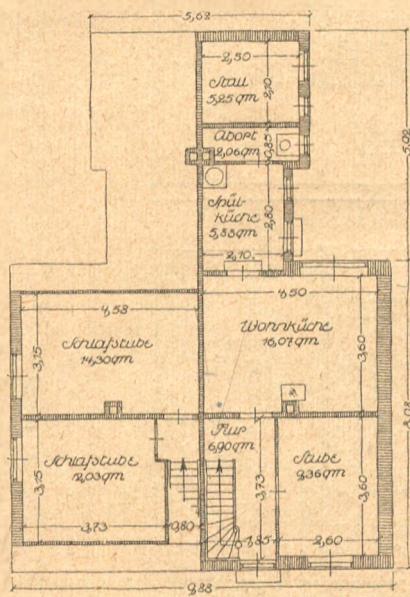


Abb. 5. Ansicht. M. 1 : 200.



Obergeschoß. Abb. 6. Erdgeschoß.

Bauzuschüs-  
sen aus der  
produktiven  
Erwerbslo-  
senfürsorge.  
Es ist auch  
für jeden Bau-  
sachverständ-  
igen und  
Bauherrn von  
Wert, zu wis-  
sen, welche  
Anteile die  
Baustoffe und  
Bauteile an  
den Gesamt-  
baukosten  
ausmachen.  
Aus der nach-  
folgenden



Aufstellung geht hervor, daß in heutiger Zeit beispielsweise die Fenster 3,25 vH. und die Türen 6,13 vH. der Baukosten betragen, d. h. die Türen etwa doppelt so teuer sind wie die Fenster und die Kosten für die Ziegelsteine nur 13,31 vH. der Gesamtbaukosten ausmachen. Die Zahlen sind für die in den Abb. 1 bis 6 dargestellten Typenentwürfe nach genauen Einzelschlägen auf Grund der Einheitspreise für Baustoffe und Bauarbeiten ermittelt worden, die im Oktober 1921 in Schleswig-Holstein maßgebend waren. Um die Aufstellung für eine überschlägliche Berechnung auch in späterer

Zeit benutzen zu können, wird es genügen, entsprechend der Steigerung des Reichsstundenlohns bzw. entsprechend der Steigerung der Löhne der Bauhandwerker die Gesamtbaukostensumme eines Hauses prozentual zu erhöhen und aus den Sätzen der Spalte 7 die anteiligen Beträge für die einzelnen Baustoffe und Bauteile zu errechnen. Für vorläufige Finanzierungsrechnungen wird man auf diese Weise ein hinreichend zuverlässiges Bild erhalten. Von Wert ist es, aus der Tabelle zu erfahren, daß die Löhne für die auf der Baustelle auszuführenden Arbeiten im Mittel 36,40 vH. der Baukosten betragen.

### Neue Grundsätze für das Verdingungswesen.

Von Regierungs- und Baurat **Günther**, Berlin.

Die „Handwerks-Zeitung“, das Organ der Handwerkskammern zu Berlin und Frankfurt a. d. Oder, veröffentlicht in Nr. 28 u. 29 Vorschläge zur Neuregelung des Verdingungswesens, die sie von den Staats- und Gemeindebehörden beachtet wissen möchte.

Hierin werden zunächst drei Vergebungsarten unterschieden:

Erste Gruppe: Instandsetzungsarbeiten und kleine Aufträge, für deren Ausführung wegen des geringen Umfanges der Arbeiten von vornherein nur ein Unternehmer in Betracht kommt, sollen an die ortsansässigen Handwerker bzw. Gewerbetreibenden ohne Wettbewerb im Wechsel unmittelbar vergeben werden.

Zweite Gruppe: Leistungen und Lieferungen von einigermaßen nennenswerter Bedeutung, für deren Ausführung neben einzelnen leistungsfähigen Handwerksbetrieben bzw. Gewerbetreibenden Handwerksvereinigungen oder Vereinigungen von Gewerbetreibenden (Genossenschaften, Lieferungsverbände usw.) in Betracht kommen, sollen im Wege der beschränkten Vergabung in Auftrag gegeben werden, wobei solche von besonderem Umfange in mehrere Lose zu teilen sind. Eine Vergabung verschiedenartiger Leistungen in teilweiser oder vollständiger Entreprise darf nicht vorgenommen werden.

Dritte Gruppe: Leistungen und Lieferungen, welche über das Maß handwerksmäßiger bzw. kleingewerblicher Leistung hinausgehen und somit in das Gebiet der Industrie gehören, sollen in der Regel auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden, aber in geeigneten Fällen auch in beschränktem Wettbewerb ausgeschrieben werden können.

Das Vergabungsverfahren bei der ersten Gruppe soll sich folgendermaßen abspielen:

Die Behörde führt Listen, die getrennt nach den einzelnen Handwerks- und Gewerbebezügen alle jene Bewerber aufführen, welche nach ihrer Zuverlässigkeit und der Lage ihres Betriebes als sogenannte Hausmeister in Betracht kommen. Beschwerden über Zurücksetzung einzelner Handwerker und Unstimmigkeiten wegen der Preisfestsetzung sollen im Benehmen mit der Handwerkskammer erledigt werden.

Die Folge wäre die, daß bald die meisten ortsansässigen Handwerksmeister und Gewerbe-

treibenden in den Listen ständen, und daß die Handwerkskammer, das ist die Vertretung der Auftragnehmer, die Preise festsetzen würde, weil jede Möglichkeit eines Wettbewerbs ausgeschlossen wäre. Es würde sich also das Bedürfnis nach einer unparteiischen Preisfestsetzungsinstanz auf die Dauer nicht überhören lassen. Gleichwohl bestände eine Quelle endloser Beschwerden, indem doch die Aufträge verschieden umfangreich und verschieden vorteilhaft für die Auftragnehmer wären.

Die Gemeinden und die Staatsverwaltung fordern von ihren Bauämtern, daß sie halten und für möglichst gute Ausführungen möglichst wenig Geld ausgeben. Eine bewährte Kraft durch eine neue zu ersetzen, ist ein Experiment, das der Privatmann scheut. Auch im Interesse der öffentlichen Bautätigkeit liegt es durchaus nicht, zu wechseln. Der Bauleitende kann nicht alles sehen und muß sich auf die Meister verlassen können. Gesetzliche Gewähr ist kein Ersatz für persönliche Bewährung; sie macht beweispflichtig, kostet Zeit und Schreibe- und tritt überhaupt erst nach den übeln Folgen schlechter Leistung in Kraft. Ein Handwerksmeister dagegen, der annehmend darf, daß er bei Bewährung im Geschäft bleibt, ist an der Reellität selbst interessiert. Der angeregte planmäßige Wechsel dient nur dazu, den tüchtigen Meistern Abbruch zu tun, und ist im Interesse der Bauverwaltungen entschieden abzulehnen.

\* \* \*

Das Vergabungsverfahren bei den beiden anderen Gruppen ist wie folgtgedacht:

Zunächst soll ein von Handwerk und Industrie paritätisch beschickter Sachverständigen-Ausschuß darüber entscheiden, ob eine Leistung oder Lieferung in die zweite oder dritte Vergabungsgruppe einzureihen ist.



(In den weiteren Vorgängen wird zwar auch noch immer von der zweiten und dritten Gruppe gesprochen; sinngemäß scheidet aber die dritte, für die ja die Handwerkskammer auch gar nicht zuständig ist, ganz aus.)

Zunächst nun kann die Behörde unverbindliche Angebote in loser Form einziehen, die zur allgemeinen Information über Preise, Materialien u. a. dienen.

Darauf tritt ein Sachverständigen-Beirat zusammen, den die Behörde nach Anhörung der einzelnen Innungen — deren Aufgaben nach der Reichs-Gewerbeordnung nebenbei gesagt rein innerpolitischer Natur sind und die zu wirtschaftspolitischer Betätigung gar keine Befugnis haben — bzw. nach Anhörung der Handwerkskammer für drei Jahre zu wählen hat, die zu vereidigen sind und die eine Vergütung zu beanspruchen haben.

Diese Spezialsachverständigen haben:

- a) die Anschlagpreise zu überprüfen,
- b) die vergebende Stelle bei der technischen Bearbeitung der Vordersätze zu beraten,
- c) die technischen Bedingungen der einzelnen Ausschreibung, insbesondere hinsichtlich ausreichender Deutlichkeit der Angaben über die Art der Ermittlung der Maße und Gewichte, der Materialien und der Arbeitsausführung, zu überprüfen,
- d) die zugehörigen Zeichnungen zu überprüfen,
- e) die Einteilung in verschiedene Lose, die Lieferfristen und die beabsichtigte Vergabeungsart zu überprüfen,
- f) einzelne vorweg eingezogene Angebote zu überprüfen und zu begutachten.

Diese Spezialsachverständigen wirken nur gutachtlich mit; Verantwortung und Entschließung bleiben der Behörde — in Wirklichkeit dürfte höchstens die Verantwortung der Behörde bleiben, da sie sich den Gutachten schwer wird entziehen können.

Nun die Ausschreibung. Ein öffentlicher Wettbewerb scheidet aus. Die Auswahl der aufzurufenden Unternehmer oder Vereinigungen soll im jeweiligen Benehmen mit der Handwerkskammer erfolgen derart, daß die Behörde die Anzahl der Bewerber, die auch nicht etwa in ihr Belieben gesetzt ist, bestimmt, die Kammer die Bewerber benennt. Als Unterlage für die Preisbeurteilung wird von der vergebenden Stelle der sogenannte „Angemessene Preis“ unter Mitwirkung der Spezialsachverständigen zum Zeitpunkt der Vergabe festgesetzt. Nur solche Angebote, welche dem angemessenen Preise nahekommen — höchstens 10 vH. mehr oder 20 vH. weniger darf gefordert werden —, dürfen in Betracht gezogen werden; aus den verbleibenden brauchbaren Angeboten wird eine Durchschnittsforderung ermittelt, und dem Unternehmer, dessen Angebot dieser Durchschnittsforderung am nächsten kommt, ist der Zuschlag zu erteilen.

Das Ergebnis der Ausschreibung und der Zuschlagerteilung ist der Handwerkskammer sofort mitzuteilen. Der Kammer steht das Recht zu, die Ergebnisse zu veröffentlichen und gegen die Zuschlagerteilung binnen acht Tagen Einspruch zu erheben. Der Einspruch einer Handwerkskammer soll aufschiebende Wirkung haben. Die Entscheidung, ob der Zuschlag aufrechtzuerhalten ist, ob eine anderweite Zuschlagerteilung erfolgen oder ein neues Ausschreibungsverfahren stattfinden soll, bleibt der vergebenden Stelle übergeordneten Zentralbehörde vorbehalten. Erst wenn die Handwerkskammer von ihrem Einspruchsrecht keinen fristgemäßen Gebrauch macht, soll der Vertrag geschlossen werden dürfen. Ihre Mitwirkung hat damit aber noch keineswegs ihr Ende erreicht; sondern weiterhin sollen die Spezialsachverständigen bei Überwachung der Ausführung und bei Abnahme der Arbeiten mitwirken und an die vergebende Stelle oder deren übergeordnete Behörde Gutachten abgeben.

Diesem Vorschlage muß erläuternd hinzugesetzt werden, daß die Beanstandungen zahllos

sein würden, und mithin eine Vermehrung der technischen Räte in den Zentralbehörden unvermeidlich würde. Diese Kosten trüge die öffentliche Hand. Das wäre eine Nebenwirkung.

Die beabsichtigte Wirkung ist die Erzielung auskömmlicher Preise. Diese Wirkung würde freilich erreicht; dafür sorgen die Spezialsachverständigen, die sämtlich mittelbare Interessenten sind. Sollte es ihnen selbst nicht gelingen, die Behörde zur Festsetzung eines ihnen genehmen „Angemessenen Preises“ zu bestimmen, so wird es die Handelskammer durch Veröffentlichung und Einsprucherreichen. Daaber die Spezialsachverständigen der Bauleitung beständig auf die Finger sehen, so ist sie genötigt, sie sich günstig zu stimmen, und ihre Gutachten werden oft die Wirkung von Entscheidungen haben. Dadurch werden die Preise aber nicht nur in angemessener Höhe gehalten, sondern durch Einverständnis der Sachverständigen-Ausschüsse an den verschiedenen Behörden mit Sicherheit hochgetrieben. Ohnehin wird den Behörden der Vorwurf gemacht, teurer als der Privatmann zu bauen. In welchem Maße sich die Baukosten verteuern würden, ist gar nicht abzusehen. Also eine ungeheure Mehrbelastung der Steuerzahler.

Eine weitere sehr lästige und auch kostspielige Wirkung ist der Aufschub aller Arbeiten. Es dürfte sich empfehlen, einmal die Zeit, die eine Industrie- oder Handelsgesellschaft gebraucht, um ein beschlossenes Bauvorhaben zu verwirklichen, mit der Zeit zu vergleichen, die eine Behörde auf denselben Bau verwenden würde. Der oft erhobene Vorwurf der Schwerfälligkeit trifft nicht etwa die Beamten — obgleich diese durch einen schwerfälligen Geschäftsgang mit ermüdet werden —, sondern die Organisation. Und doch sind alle irgendwie Unzufriedenen gleich mit einer neuen Erschwerung der behördlichen Geschäfte bei der Hand, als wäre das das Allheilmittel und überhaupt ein gutes Mittel. Die ganze deutsche Produktion wird noch in dem stetig wachsenden Gestrüpp von Paragraphen ersticken. Die Voraussetzung aller produktiven Tätigkeit, zu der die Bautätigkeit in erster Linie gehört, ist Initiative. Kommissionsberatungen können nur zu Kompromissen führen. Und wer soll die Verantwortung übernehmen? Sie verbleibt nach dem Vorschlage der Behörde. Nein, das wäre die Hauptsache. Die Verantwortung müßte der Spezialsachverständigen mit übernehmen. Ich kenne mehr als einen Fall, in dem ein Baulührer auf einen Sachverständigen hörte und nachher eine



zu teure Ausführung zu bezahlen hatte. Für das technische Erfordernis und die Preisangemessenheit müßten die Sachverständigen haften. Das wäre nicht mehr als billig. Wie soll sonst noch die Überteuering aufgehalten werden? Mit pflichtgemäßer Einholung von Ratschlägen ist nichts erreicht als eine Bürokratisierung, als eine unabsehbare Menge neuer Spezialvorschriften, Verteuerung der Bauten und ein endloser Zeitverlust, durch den sich auch die Bauleitungs- und Verwaltungskosten sehr erheblich erhöhen.

\* \* \*

Dieser neue Vorschlag beruht wie das ganze moderne Kompromißwesen auf der Verquickung der Bestimmung einer Einrichtung mit Nebenabsichten. Staat und Gemeinde halten sich ihre Bauämter, um ihre Bauvorhaben sachgemäß zu verwirklichen, und sind es ihren Geldgebern — dem steuerzahlenden Publikum — schuldig, tunlichst billig zu wirtschaften. Da aber die Bauhandwerker selbst Staats- bzw. Gemeindeangehörige sind, so muß und soll ihre Ausbeutung vermieden und ihnen eine angemessene Vergütung gesichert werden. Daher hat es wenigstens die preußische Staatsregierung ihren Baubeamten zur Pflicht gemacht, die ortsansässigen Bewerber zu bevorzugen und nur die in jeder Beziehung annehmbarsten Angebote zu berücksichtigen, die eine tüchtige und rechtzeitige Leistung gewährleisten, nicht ohne weiteres die billigsten Angebote. Diese Vorschriften bedeuten keine eigentlichen Zugeständnisse an das Baugewerbe. Es liegt im Interesse der Verwaltung, daß der Unternehmer die Arbeiten leicht und oft beaufsichtigen kann und daß seine Werkstatt nahe bei der Baustelle oder beim Sitz der Bauleitung ist. Ebenfalls liegt es in ihrem Interesse, daß er nicht genötigt ist, an allen Ecken und Enden zu sparen, und nicht in Versuchung kommt, die Bauleitung hinters Licht zu führen oder überall unvorhergesehene Nebenarbeiten herauszurechnen, durch die dann das billigste Angebot zu einer teureren Ausführung als die teuren führt. Auch die Ausführung im eigenen Betriebe des Unternehmers ist ein Vorteil für die Verwaltung, weil sie annehmen kann, daß der Teil des Geldes, den sich ein Subunternehmer verdienen würde, der Qualität der Leistung entzogen würde. Ferner hütet sie bei der Bevorzugung der Meister ihre eigene Flur, weil ihr nur mit guter, sachgemäßer Leistung gedient ist, für die ihr ein Meister mehr Gewähr bietet als ein Geselle.

Die Handwerker haben entschieden einen schweren Stand. Daß sie für ihre Selbständigkeit kämpfen, ist selbstverständlich. Schlimm genug und töricht genug, daß ihnen auch noch ihre Arbeitnehmer das Leben schwer machen, die doch selbst einmal selbständig werden möchten. Die Handwerker sind in vielen Dingen Händler geworden, in denen sie früher Vorfertiger gewesen sind. Diesen Gebietsverlust kann ihnen niemand zurückgewinnen. Aber auch das Kapital pfuscht ihnen ins Handwerk. Maschinenfabriken fertigen bei stiller Zeit in den Modelltischlereien Bautischlerarbeiten und Möbel an; große Baugesellschaften bewerben sich um die Zimmerarbeiten für kleine Häuser. Solcherlei Unternehmer haben bei Staatsbauten grundsätzlich zurückzustehen. Wovon soll der kleine Mann leben, wenn ihm der große die kleinen Brocken wegschnappt? Er kann dessen große Brocken nicht verdauen. Wird gegen die klaren Bestimmungen, die hierüber für die Staatsbaubehörden bestehen, gefehlt, so steht es den Mitbewerbern zu, Beschwerde zu führen. Bedienen sie sich aber der Vermittlung der Handwerkskammern, so stehen auch zu Parlamenten und Selbstverwaltungskörperschaften Kanäle genug offen, so daß also eine solche Beschwerde nicht ohne Wirkung bleiben wird.

Die Aufgabe ist nun — und das ist der Angelpunkt der ganzen Sache — die Ermittlung, welches Angebot das billigste von denen ist, bei denen der Unternehmer noch auf die Kosten kommt.

Im allgemeinen kann wohl nicht behauptet werden, daß die Arbeiten, die die Verwaltungen vergeben, zu schlecht bezahlt würden. Man vergleiche sie mit den Preisen, die von privater Seite gezahlt werden. Aber selbst wenn das nicht so wäre oder anders geworden wäre. Es handelt sich doch um nichts als um die Konkurrenz im eigenen Lager. Wenn in Zeiten des Schutzzolles die Landwirtschaft Zuwendungen erhielt, um die auswärtige Konkurrenz zu bestehen, so war dafür der Gedanke leitend, die Ernährung des ganzen Volkes für den Kriegsfall sicherzustellen, die bei einem Verfall einer unrentablen Landwirtschaft von vornherein hoffnungslos versagen mußte. Aber welches öffentliche Interesse liegt wohl vor, den Bauhandwerkern mit bedeutenden Opfern höhere Preise zu geben, als sie selbst fordern? Das vernünftige Bestreben kann höchstens darauf gerichtet sein, einen ungesunden Wettbewerb auch aus den Kreisen der Handwerker selbst fernzuhalten.



Die Grenze ist da nun schwer zu ziehen. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Handwerksmeister seine volle Rechnung bei Preisen findet, zu denen ein anderer nicht arbeiten könnte. Dabei sprechen die verschiedensten Umstände mit, Werkstattmiete, Amortisation der Maschinen, Mitarbeit von Söhnen, günstige Materialeinkäufe, Verbindung der Aufträge untereinander, besonders aber persönliche Tüchtigkeit. Alle diese Umstände fallen in jedem gesunden Wettbewerb mehr oder weniger ins Gewicht. In Handel, Kleinverkauf, Industrie, Kunst, überall ist es ein ähnliches Bild.

Gelegentlich verkalkuliert sich auch ein Bewerber. Das soll er bei Verlesung der Angebote merken und sein Angebot zurückziehen. Allerdings wäre hier eine eindeutige Bestimmung für die Handwerkskreise erwünscht, die den Bewerbern den Anspruch auf Benachrichtigung vom Ergebnis der rechnerischen Prüfung der Angebote zuerkennt. Geschäftskluge Unternehmer verstecken gern ihre wirkliche Forderung hinter leicht auffindbaren Rechenfehlern, so daß also die Mitbieter aus der Verlesung der Angebote nicht den Nutzen ziehen, der doch ihr wesentlicher Zweck ist, nämlich ihre eigene Kalkulation nachzuprüfen. Der Mißstand, der das Handwerk einengt, liegt aber auch nicht hier, sondern im Unterbieten, im Verzicht auf angemessene Bezahlung. Und hier möge nun ein Gegenvorschlag folgen, der sehr viel einfacher zum Ziele führt als das schwerfällige und kostspielige Verfahren, das die Kammer vorschlägt:

Wenn gute Zeit ist, wird auch ein großer Auftrag wenige Bieter finden, und diese werden nicht billig anbieten. Bei schlechter Geschäftslage dagegen laufen zahllose und darunter viele billige Angebote ein. Man wird nun annehmen können, daß die Unterbietungen zu den einlaufenden Angeboten in der Regel in einem einigermaßen gleichbleibenden Verhältnis stehen werden. Dieser Annahme Rechnung tragend, sollte die Bestimmung nicht mehr lauten, daß eines der drei billigsten Angebote zu berücksichtigen ist, sondern dahin abgeändert werden, daß ein ganz bestimmter Prozentsatz der Angebote unter allen Umständen für den Zuschlag ausstele, und dann ein

Spielraum für die Auswahl des zu Beauftragenden gelassen werde. Im übrigen blieben sämtliche Bestimmungen unverändert.

#### 1. Beispiel:

Eingelaufen sind	8 Angebote
Davon scheiden als wirklich unbrauchbar (auch falls es als einziges eingegangen wäre) unbeschadet der Preisforderung aus (etwa wegen mangelhaften Kredites oder notorischer schlechter Leistungen)	1 Angebot
bleiben brauchbar	7 Angebote
Davon fallen aus als Untergebote 20 vH.	1 Angebot
bleiben geeignet	6 Angebote
Davon kommen für die Zuschlagerteilung in Frage 33 vH.	2 „
bleiben Übergebote übrig	4 Angebote.

#### 2. Beispiel:

Eingelaufen sind	28 Angebote
Davon scheiden als unbrauchbar aus	— „
bleiben brauchbar	28 Angebote
Davon fallen aus als Untergebote 20 vH.	6 „
bleiben geeignet	22 Angebote
Davon kommen für die Zuschlagerteilung in Frage 33 vH.	7 „
bleiben Übergebote übrig	15 Angebote.

Von den gültigen (2 bzw. 7 der Beispiele) ist das billigste zu berücksichtigen, falls nicht erhebliche Gründe eines, und zwar ein möglichst billiges, der anderen gültigen Angebote vorteilhafter erscheinen lassen.

Es ist anzunehmen, daß trotz der sechs ausfallenden Angebote im 2. Beispiel die Preise der gültigen Angebote niedriger sind als die Preise der gültigen Angebote im 1. Beispiel, weil die starke Beteiligung darauf schließen läßt, daß das Geschäft still ist und jeder Arbeit zu erhalten wünscht. Die erzielten Preise tragen also der Konjunktur in angemessener Weise Rechnung. Für den engeren Wettbewerb bleibt es bei dem bisherigen Gebrauch, daß der Billigste den Zuschlag erhält, weil hier ein Unterbieten nicht üblich ist.

Dieses einfache Verfahren scheint mir zweckmäßiger und sachlicher als die Ermittlung und Zugrundelegung von Durchschnittspreisen, die die Bewerber durch Strohmänner in die Höhe treiben können, oder die nach dem Vorschlage der Handwerkskammer die Spezialsachverständigen, also die interessierten Kreise selbst festlegen. Diese gewünschte Einwirkung der Handwerkskammer und ihrer Mitglieder auf die Bauten fällt übrigens auch aus dem gesetzlich festgelegten Rahmen ihrer Aufgaben und kann schon deshalb nicht verwirklicht werden.

### Mitteilungen.

**Mieterhöhung oder Lohnzuschlag.** Der unter dieser Überschrift in Heft 22 d. Bl., S. 302 veröffentlichte Aufsatz von Dr. G. Albrecht ist von der Schriftleitung in einer Weise gekürzt und abgeändert worden, die der Verfasser des Aufsatzes nicht billigt. Er hat uns um Abdruck nachstehender Erklärung ersucht: „Durch die Änderungen und Kürzungen sind die mit dem Aufsatz verfolgten wohnungspolitischen Absichten des Verfassers völlig unterdrückt worden. Der Verfasser sieht in den von der Schriftleitung der „Volkswohnung“ vorgenommenen Kürzungen und Abänderungen einen völlig unberechtigten Eingriff in seine Rechte als Verfasser des Aufsatzes, da

ihm keine Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu den von der Schriftleitung der „Volkswohnung“ beabsichtigten offenbar tendenziösen Änderungen des Aufsatzes gegeben wurde.“

#### Personalien.

Der Stadtbaurat Rüster in Stettin ist zum ordentlichen Professor an der Technischen Hochschule Berlin ernannt worden.

Der Stadtbaurat Dr.-Ing. e. h. Bredtschneider in Charlottenburg ist zum Honorarprofessor bei der Technischen Hochschule Berlin ernannt worden.

